

# **Seminar / Schulung**

Veranstaltungssicherheit und Recht

Fellbach 13.09.2019

Volker Löhr  
Rechtsanwalt

## § 1 VStättV

---

### § 1 Anwendungsbereich (VStättV)

(1) <sup>1</sup>Die Vorschriften dieser Verordnung gelten für den Bau und Betrieb von

1. Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucher fassen.

<sup>2</sup>Sie gelten auch für Versammlungsstätten mit mehreren Versammlungsräumen, die insgesamt mehr als 200 Besucher fassen, wenn diese Versammlungsräume gemeinsame Rettungswege haben;

2. Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen, deren Besucherbereich mehr als 1 000 Besucher fasst und ganz oder teilweise aus baulichen Anlagen besteht;

3. Sportstadien, die mehr als 5 000 Besucher fassen.

# Open Air

---

Fachkommission Bauaufsicht Änderung der MBO - Begründung -  
Stand: 01.06.2011

b) Die bisherige Regelung bezüglich Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen bedarf der Konkretisierung. **Die Abgrenzung zwischen „Veranstaltungen im Freien“ und „Versammlungsstätten im Freien“ hat zu Schwierigkeiten geführt.** Typische Versammlungsstätten im Freien sind sog. Freilichttheater, Anlagen für den Rennsport oder Reitbahnen sowie Sportstadien – also ortsfeste, auf Dauer angelegte Anlagen mit tribünenartiger Anordnung der Besucherbereiche. Das Vorhandensein von Szeneflächen und Tribünen und deren Verkoppelung mit dem dauerhaften Nutzungszweck der Anlage sind Voraussetzungen, um unter die Regelung zu fallen; **temporäre Veranstaltungen wie Musikfestivals auf Freiflächen werden nicht erfasst.** Werden bei solchen Veranstaltungen Tribünen (und Bühnen) aufgestellt, handelt es sich um Fliegende Bauten; die Genehmigung Fliegender Bauten regelt § 76 MBO. Der Anwendungsbereich der Muster- Versammlungsstättenverordnung (MVStättV) wird entsprechend angepasst.

## Die bislang geltende Erläuterung der ARGEBAU

Großveranstaltungen auf öffentlichen Straßen oder öffentlichen oder privaten Grünflächen, die nicht eingezäunt sind und daher jederzeit und ungehindert über öffentliche Verkehrsflächen betreten oder verlassen werden können, fallen auch dann nicht unter den Anwendungsbereich der MVStättV, wenn sie Szenenflächen oder Tribünen haben. In diesem Fall ist Bauordnungsrecht nur auf die baulichen Anlagen der Szenenflächen und Tribünen (z.B. Richtlinie über Fliegende Bauten) anzuwenden. Dies schließt nicht aus, dass sich die für Großveranstaltungen zuständigen Ordnungsbehörden bei der Genehmigung derartiger Großveranstaltungen an den Vorschriften der MVStättV orientieren. Derartige Auflagen könnten auch von der Straßenbaubehörde z.B. bei der straßenrechtlichen Sondernutzungs-genehmigung für eine Veranstaltung auf einer gewidmeten Straßenfläche gemacht werden. Verlangen die jeweils für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ordnungsbehörden aus sicherheitsrechtlichen Gründen bauliche Absperrungen zur Begrenzung der Besucherzahlen oder zur Steuerung der Besucherströme, dann hat dies zur Folge, dass die MVStättV nach Nummer 2 anzuwenden ist.

# GewO

## § 68 Spezialmarkt und Jahrmarkt

(1) Ein Spezialmarkt ist eine im allgemeinen regelmäßig in größeren Zeitabständen wiederkehrende, zeitlich begrenzte Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Anbietern bestimmte Waren feilbietet.

(2) Ein Jahrmarkt ist eine im allgemeinen regelmäßig in größeren Zeitabständen wiederkehrende, zeitlich begrenzte Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Anbietern Waren aller Art feilbietet.

(3) Auf einem Spezialmarkt oder Jahrmarkt können auch Tätigkeiten im Sinne des § 60b Abs. 1 ausgeübt werden; die §§ 55 bis 60a und 60c bis 61a bleiben unberührt.

## § 69 Festsetzung

(1) Die zuständige Behörde hat auf Antrag des Veranstalters eine Veranstaltung, die die Voraussetzungen der §§ 64, 65, 66, 67 oder 68 erfüllt, nach Gegenstand, Zeit, Öffnungszeiten und Platz für jeden Fall der Durchführung festzusetzen. Auf Antrag können, sofern Gründe des öffentlichen Interesses nicht entgegenstehen, Volksfeste, Großmärkte, Wochenmärkte, Spezialmärkte und Jahrmärkte für einen längeren Zeitraum oder auf Dauer, Messen und Ausstellungen für die innerhalb von zwei Jahren vorgesehenen Veranstaltungen festgesetzt werden.

**§ 69a**

**Ablehnung der Festsetzung, Auflagen**

(1) Der Antrag auf Festsetzung ist abzulehnen, wenn

1. die Veranstaltung nicht die in den §§ 64, 65, 66, 67 oder 68 aufgestellten Voraussetzungen erfüllt

2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Antragsteller oder eine der mit der Leitung der Veranstaltung beauftragten Personen die für die Durchführung der Veranstaltung **erforderliche Zuverlässigkeit** nicht besitzt,

3. **die Durchführung der Veranstaltung dem öffentlichen Interesse widerspricht, insbesondere der Schutz der Veranstaltungsteilnehmer vor Gefahren für Leben oder Gesundheit nicht gewährleistet ist oder sonstige erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu befürchten sind oder**

4. die Veranstaltung, soweit es sich um einen Spezialmarkt oder einen Jahrmarkt handelt, vollständig oder teilweise in Ladengeschäften abgehalten werden soll.

(2) Die zuständige Behörde kann im öffentlichen Interesse, insbesondere wenn dies zum Schutz der Veranstaltungsteilnehmer vor Gefahren für Leben oder Gesundheit oder sonst zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erforderlich ist, **die Festsetzung mit Auflagen verbinden**; unter denselben Voraussetzungen ist auch die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Auflagen zulässig.

## Das Schutzziel der VStättV



ein nach dem aktuellen Stand sicherheits-  
technischer Erkenntnisse möglichst optimaler

**Schutz von Personen**  
**während ihres Aufenthaltes**  
und die

**rasche Evakuierung bei Eintritt von**  
**Stör- und Schadensfällen**

# Betriebsvorschriften

- Betriebsvorschriften ( § 46 Abs.2) gelten unmittelbar
- § 31 Rettungswege, Flächen für die Feuerwehr
  - § 32 Besucherplätze nach dem Bestuhlungs- und Rettungswegeplan
  - § 33 Vorhänge, Sitze, Ausstattungen, Requisiten und Ausschmückungen
  - § 34 Aufbewahrung von Ausstattungen, Requisiten, Ausschmückungen und brennbarem Material
  - § 35 Rauchen, Verwendung von offenem Feuer und pyrotechnischen Gegenständen
  - § 36 Bedienung und Wartung der technischen Einrichtungen
  - § 37 Laseranlagen
  - § 38 Pflichten der Betreiber, Veranstalter und Beauftragten
  - § 39 Verantwortliche für Veranstaltungstechnik
  - § 40 Aufgaben und Pflichten der Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik, technische Probe
  - § 41 Brandsicherheitswache, Sanitäts- und Rettungsdienst
  - § 42 Brandschutzordnung, Feuerwehrpläne
  - § 43 Sicherheitskonzept, Ordnungsdienst

**+ „versteckte“ betriebsrelevante Bauvorschriften**



## § 3 Bauteile

---

§ 3 (6) **Die Unterkonstruktion der Fußböden von veränderbaren Tribünen und Podien**, die veränderbare Einbauten in Versammlungsräumen sind, muss aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen; **dies gilt nicht für Podien mit insgesamt nicht mehr als 20 m<sup>2</sup> Fläche.**

§ 3 (7) Veränderbare Einbauten sind so auszubilden, dass sie **in ihrer Standsicherheit nicht** durch dynamische Schwingungen **gefährdet werden können.**

## § 7 Bemessung der Rettungswege

---

(4) <sup>1</sup>Die Breite der Rettungswege ist nach der größtmöglichen Personenzahl zu bemessen. <sup>2</sup>Die lichte Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen muss mindestens 1,20 m betragen. <sup>3</sup>Die lichte Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen muss für die darauf angewiesenen Personen mindestens betragen bei

1. Versammlungsstätten im Freien sowie Sportstadien 1,20 m je 600 Personen,
2. anderen Versammlungsstätten 1,20 m je 200 Personen

<sup>4</sup>Staffelungen sind nur in Schritten von 0,60 m zulässig.

# Die weiteren Betriebsvorschriften

**Betriebsvorschriften ( § 46 Abs.2) gelten unmittelbar**

- § 31 Rettungswege, Flächen für die Feuerwehr**
- § 32 Besucherplätze nach dem Bestuhlungs- und Rettungswegeplan**
- § 33 Vorhänge, Sitze, Ausstattungen, Requisiten und Ausschmückungen**
- § 34 Aufbewahrung von Ausstattungen, Requisiten, Ausschmückungen und brennbarem Material**
- § 35 Rauchen, Verwendung von offenem Feuer und pyrotechnischen Gegenständen**
- § 36 Bedienung und Wartung der technischen Einrichtungen**
- § 37 Laseranlagen**
- § 38 Pflichten der Betreiber, Veranstalter und Beauftragten**
- § 39 Verantwortliche für Veranstaltungstechnik**
- § 40 Aufgaben und Pflichten der Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik, technische Probe**
- § 41 Brandsicherheitswache, Sanitäts- und Rettungsdienst**
- § 42 Brandschutzordnung, Feuerwehrpläne**
- § 43 Sicherheitskonzept, Ordnungsdienst**

( § 31)

Ständige Pflicht zur Freihaltung von Rettungswegen, Flächen für die Feuerwehr etc. + während des Betriebes müssen alle Türen von Rettungswegen unverschlossen sein

**Zu den Rettungswegen nach § 6 Abs1 Satz 2 gehören insbesondere:**

- die frei zu haltenden **Gänge** und Stufengänge,
- die **Ausgänge** aus Versammlungsräumen,
- die notwendigen Flure und **notwendigen Treppen**,
- die Ausgänge ins Freie,
- die als Rettungsweg dienenden Balkone, Dachterrassen und Außentreppen
- die Rettungswege im Freien auf dem Grundstück.

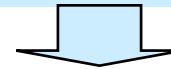
## ( § 32 (1))

Die Zahl der im Bestuhlungs- und Rettungswegeplan genehmigten Besucherplätze darf nicht überschritten und die genehmigte Anordnung der Besucherplätze darf nicht geändert werden

## ( § 32 (2))

Eine Ausfertigung des für die jeweilige Nutzung genehmigten Planes ist in der Nähe des Haupteinganges eines jeden Versammlungsraumes gut sichtbar anzubringen.

§ 32 (3) Ist nach der Art der Veranstaltung die Abschränkung der Stehflächen vor Szenenflächen erforderlich, sind Abschränkungen nach § 29 auch in Versammlungsstätten mit nicht mehr als 5 000 Stehplätzen einzurichten.



## § 29 Abschränkung von Stehplätzen vor Szenenflächen

- (1) Werden vor Szenenflächen Stehplätze für Besucher angeordnet, so sind die Besucherplätze von der Szenenfläche durch eine Abschränkung so abzutrennen, dass zwischen der Szenenfläche und der Abschränkung ein Gang von mindestens 2 m Breite für den Ordnungsdienst und Rettungskräfte vorhanden ist.
- (2) Werden vor Szenenflächen mehr als 5 000 Stehplätze für Besucher angeordnet, so sind durch mindestens zwei weitere Abschränkungen vor der Szenenfläche nur von den Seiten zugängliche Stehplatzbereiche zu bilden. Die Abschränkungen müssen voneinander an den Seiten einen Abstand von jeweils mindestens 5 m und über die Breite der Szenenfläche einen Abstand von mindestens 10 m haben.

## § 33 Vorhänge, Sitze, Ausstattungen, Requisiten und Ausschmückungen

- (1) **Vorhänge** von Bühnen und Szenenflächen müssen aus mindestens schwerentflammbarem Material bestehen.
- (2) **Ausstattungen** müssen aus mindestens schwerentflammbarem Material bestehen. Bei Bühnen oder Szenenflächen mit automatischen Feuerlöschanlagen genügen Ausstattungen aus normalentflammbarem Material.
- (3) **Requisiten** müssen aus mindestens normalentflammbarem Material bestehen.
- (4) **Ausschmückungen** müssen aus mindestens schwerentflammbarem Material bestehen. Ausschmückungen in notwendigen Fluren und notwendigen Treppenträumen müssen aus nichtbrennbarem Material bestehen.
- (5) **Ausschmückungen** müssen unmittelbar an Wänden, Decken oder Ausstattungen angebracht werden. Frei im Raum hängende Ausschmückungen sind zulässig, wenn sie einen Abstand von mindestens 2,50 m zum Fußboden haben. Ausschmückungen aus natürlichem Pflanzenschmuck dürfen sich nur so lange sie frisch sind in den Räumen befinden.
- (6) Der **Raum unter dem Schutzvorhang** ist von Ausstattungen, Requisiten oder Ausschmückungen so freizuhalten, dass die Funktion des Schutzvorhangs nicht beeinträchtigt wird.
- (7) **Brennbares Material** muss von Zündquellen, wie Scheinwerfern oder Heizstrahlern, so weit entfernt sein, dass das Material durch diese nicht entzündet werden kann.

**Ausstattungen** sind Bestandteile von Bühnen- oder Szenenbildern. Hierzu gehören insbesondere Wand-, Fußboden- und Deckenelemente, Bildwände, Treppen und sonstige Bühnenbildteile. ( § 2)

**Ausschmückungen** sind vorübergehend eingebrachte Dekorationsgegenstände. Zu den Ausschmückungen gehören insbesondere Drapierungen, Girlanden, Fahnen und künstlicher Pflanzenschmuck.

**Requisiten** sind bewegliche Einrichtungsgegenstände von Bühnen- oder Szenenbildern. <sup>2</sup>Hierzu gehören insbesondere Möbel, Leuchten, Bilder und Geschirr ( § 2).

**Szenenflächen** sind Flächen für künstlerische und andere Darbietungen; für Darbietungen bestimmte Flächen unter 20 m<sup>2</sup> gelten nicht als Szenenflächen. ( § 2).



## **§ 34**

**(1) Ausstattungen, Requisiten und Ausschmückungen dürfen nur außerhalb der Bühnen und der Szenenflächen aufbewahrt werden; dies gilt nicht für den Tagesbedarf.**

---

### **Absatz 4 gilt für alle Arten von Versammlungsstätten**

**(4) Pyrotechnische Gegenstände, brennbare Flüssigkeiten und anderes brennbares Material, insbesondere Packmaterial, dürfen nur in den dafür vorgesehenen Magazinen aufbewahrt werden.**

## § 35

- (1) Auf Bühnen und Szenenflächen, in Werkstätten und Magazinen ist das Rauchen verboten. Das Rauchverbot gilt nicht für Darsteller und Mitwirkende auf Bühnen- und Szenenflächen während der Proben und Veranstaltungen, soweit das Rauchen in der Art der Veranstaltungen begründet ist.
- (2) In Versammlungsräumen, auf Bühnen- und Szenenflächen und in Sportstadien ist das Verwenden von offenem Feuer, brennbaren Flüssigkeiten und Gasen, pyrotechnischen Gegenständen und anderen explosionsgefährlichen Stoffen verboten. § 17 Abs. 1 bleibt unberührt.

Das Verwendungsverbot gilt nicht, soweit das Verwenden von offenem Feuer, brennbaren Flüssigkeiten und Gasen sowie pyrotechnischen Gegenständen in der Art der Veranstaltung begründet ist und der Veranstalter die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Einzelfall mit der Feuerwehr abgestimmt hat.

Die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände muss durch eine nach Sprengstoffrecht geeignete Person überwacht werden.

- (3) Die Verwendung von Kerzen und ähnlichen Lichtquellen als Tischdekoration sowie die Verwendung von offenem Feuer in dafür vorgesehenen KÜcheneinrichtungen zur Zubereitung von Speisen ist zulässig.



- (4) Auf die Verbote der Absätze 1 und 2 ist dauerhaft und gut sichtbar hinzuweisen.

## § 36

- (1) Der Schutzvorhang muss täglich vor der ersten Vorstellung oder Probe durch Aufziehen und Herablassen auf seine Betriebsbereitschaft geprüft werden. Der Schutzvorhang ist nach jeder Vorstellung herabzulassen und zu allen arbeitsfreien Zeiten geschlossen zu halten.
- (2) Die Automatik der Sprühwasserlöschanlage kann während der Dauer der Anwesenheit der Verantwortlichen für Veranstaltungstechnik abgeschaltet werden.
- (3) Die automatische Brandmeldeanlage kann abgeschaltet werden, soweit dies in der Art der Veranstaltung begründet ist und der Veranstalter die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Einzelfall mit der Feuerwehr abgestimmt hat.
- (4) Während des Aufenthaltes von Personen in Räumen, für die eine Sicherheitsbeleuchtung vorgeschrieben ist, muss diese in Betrieb sein, soweit die Räume nicht ausreichend durch Tageslicht erhellt sind.

**§ 37 Laseranlagen - Auf den Betrieb von Laseranlagen in den für Besucher zugänglichen Bereichen sind die arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.**

§ 6 UVV-Laserstrahlung (UVV BGV B2); DIN 56912: 04-1999 „Showlaser und Showlaseranlagen“

## § 41 Brandsicherheitswache, Sanitäts- und Rettungsdienst

- (1) Bei Veranstaltungen mit erhöhten Brandgefahren hat der Betreiber eine Brandsicherheitswache einzurichten.
- (2) <sup>1</sup>Bei jeder Veranstaltung auf Großbühnen sowie Szenenflächen mit mehr als 200 m<sup>2</sup> Grundfläche muss eine Brandsicherheitswache der Feuerwehr anwesend sein. <sup>2</sup>Den Anweisungen der Brandsicherheitswache ist zu folgen. <sup>3</sup>Eine Brandsicherheitswache der Feuerwehr ist nicht erforderlich, wenn der Betreiber über eine ausreichende Zahl ausgebildeter Kräfte verfügt, die die Aufgaben der Brandsicherheitswache wahrnehmen und die Brandschutzdienststelle dies dem Betreiber bestätigt hat.
- (3) Veranstaltungen mit voraussichtlich mehr als 5.000 Besuchern sind der für den Sanitäts- und Rettungsdienst zuständigen Behörde rechtzeitig anzuzeigen.

## § 42 Brandschutzordnung, Feuerwehrpläne

(1) <sup>1</sup>Der Betreiber oder ein von ihm Beauftragter hat im Einvernehmen mit der Brandschutzdienststelle eine Brandschutzordnung aufzustellen und durch Aushang bekannt zu machen. <sup>2</sup>In der Brandschutzordnung sind insbesondere die Erforderlichkeit und die Aufgaben eines Brandschutzbeauftragten und der Kräfte für den Brandschutz sowie die Maßnahmen festzulegen, die zur Rettung von Menschen mit Behinderung, insbesondere Rollstuhlbenutzern, erforderlich sind.

(2) <sup>1</sup>Der Betreiber oder ein von ihm Beauftragter hat das Betriebspersonal bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen über

1. die Lage und die Bedienung der Feuerlöscheinrichtungen und -anlagen, Rauchabzugsanlagen, Brandmelde- und Alarmierungsanlagen und der Brandmelder- und Alarmzentrale,
2. die Brandschutzordnung, insbesondere über das Verhalten bei einem Brand oder bei einer Panik und die Maßnahmen zur Rettung von Menschen mit Behinderung sowie
3. die Betriebsvorschriften.

Den Brandschutzdienststellen ist Gelegenheit zu geben, an der Unterweisung teilzunehmen. Über die Unterweisung ist eine Niederschrift zu fertigen, die der Bauaufsichtsbehörde auf Verlangen vorzulegen ist.

§ 42 Brandschutzordnung, **Räumungskonzept**,  
Feuerwehrpläne

**MVStättVO NEU**

(1) Der Betreiber oder ein von ihm Beauftragter hat im Einvernehmen mit der Brandschutzdienststelle eine Brandschutzordnung **und gegebenenfalls ein Räumungskonzept** aufzustellen. Darin sind

1. die Erforderlichkeit und die Aufgaben eines Brandschutzbeauftragten und der Kräfte für den Brandschutz sowie
2. die Maßnahmen, **die im Gefahrenfall für eine schnelle und geordnete Räumung der gesamten Versammlungsstätte oder einzelner Bereiche** unter besonderer Berücksichtigung von Besuchern mit Behinderung erforderlich sind,

festzulegen. **Die Maßnahmen nach Satz 2 Nr. 2 sind bei Versammlungsstätten, die für mehr als 1 000 Besucher bestimmt sind, gesondert in einem Räumungskonzept darzustellen, sofern diese Maßnahmen nicht bereits Bestandteil des Sicherheitskonzepts nach § 43 sind.**

**§ 42 Brandschutzordnung, Räumungskonzept,  
Feuerwehrpläne**

(2) Das Betriebspersonal ist bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen über

1. die Lage und die Bedienung der Feuerlöscheinrichtungen und -anlagen, Rauchabzugsanlagen, Brandmelde- und Alarmierungsanlagen und der Brandmelder- und Alarmzentrale,
2. die Brandschutzordnung, insbesondere über das Verhalten bei einem Brand oder bei einer **sonstigen Gefahrenlage, gegebenenfalls in Verbindung mit dem Räumungskonzept** und
3. die Betriebsvorschriften.

## § 43 Sicherheitskonzept, Ordnungsdienst

- (1) Erfordert es die Art der Veranstaltung, hat der Betreiber ein Sicherheitskonzept aufzustellen und einen Ordnungsdienst einzurichten.**
- (2) Für Versammlungsstätten mit mehr als 5 000 Besucherplätzen hat der Betreiber im Einvernehmen mit den für Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste, ein Sicherheitskonzept aufzustellen.**

**Im Sicherheitskonzept sind die Mindestzahl der Kräfte des Ordnungsdienstes gestaffelt nach Besucherzahlen und Gefährdungsgraden sowie die betrieblichen Sicherheitsmaßnahmen und die allgemeinen und besonderen Sicherheitsdurchsagen festzulegen.**

**(3)...**

**(4)...**



**Besondere Betreiberpflichten  
Veranstaltungsleiter +  
Aufsicht führende Personen**

# Verantwortung

## § 38

### Pflichten der Betreiber, Veranstalter und Beauftragten

(1) Der Betreiber ist für die Sicherheit der Veranstaltung und die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich.

(2) Während des Betriebes von Versammlungsstätten muss der Betreiber oder ein von ihm beauftragter Veranstaltungsleiter ständig anwesend sein.

(5) Der Betreiber kann die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 durch schriftliche Vereinbarung auf den Veranstalter übertragen, wenn dieser oder dessen beauftragter Veranstaltungsleiter mit der Versammlungsstätte und deren Einrichtungen vertraut ist. Die Verantwortung des Betreibers bleibt unberührt.

(3) Der Betreiber muss die Zusammenarbeit von Ordnungsdienst, Brandsicherheitswache und Sanitätswache mit der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst gewährleisten.

(4) Der Betreiber ist zur Einstellung des Betriebes verpflichtet, wenn für die Sicherheit der Versammlungsstätte notwendige Anlagen, Einrichtungen oder Vorrichtungen nicht betriebsfähig sind oder wenn Betriebsvorschriften nicht eingehalten werden können.

**Betreiber ist, wer unter Berücksichtigung der konkreten rechtlichen, wirtschaftlichen und tatsächlichen Gegebenheiten bestimmenden Einfluss auf die Überlassung der Versammlungsstätte ausüben kann. Betreiber in diesem Sinn kann auch eine Personenmehrheit sein.**

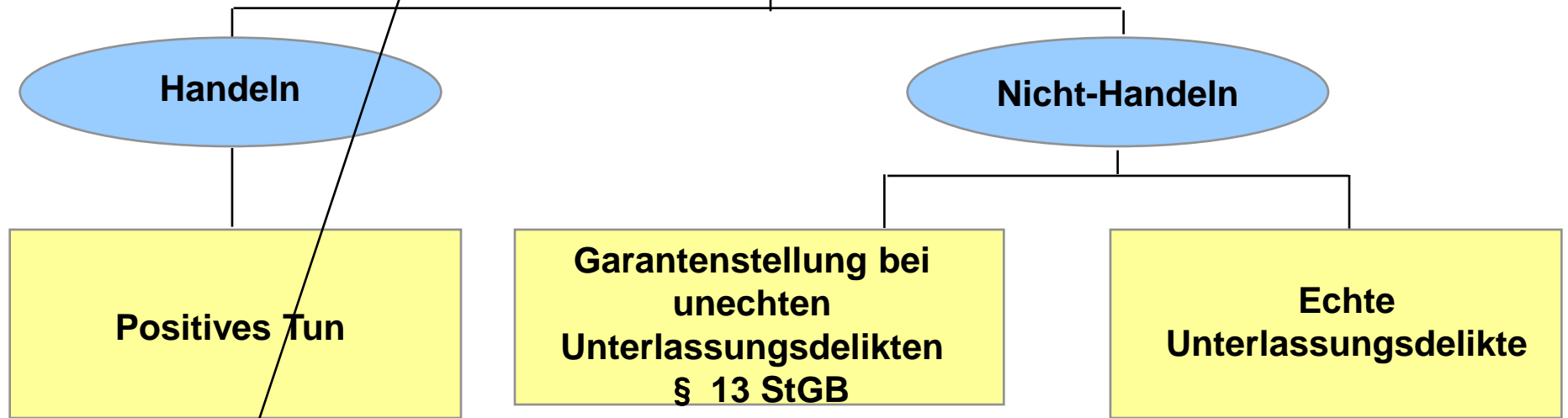
**Veranstalter ist, wer unter Berücksichtigung der konkreten rechtlichen, wirtschaftlichen und tatsächlichen Gegebenheiten zu einer Veranstaltung aufruft, sie organisiert oder durchführt. Veranstalter in diesem Sinn kann auch eine Personenmehrheit sein.**

# Pflichten der Betreiber, Veranstalter und Beauftragten

(kanzleiLoehr

§ 38 Der Betreiber ist **für die Sicherheit** der Veranstaltung und die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich.

## Strafbare Handlung



z. B. § 230 StGB  
§ 324 StGB

z. B. § 323 c StGB

- Gesetz
- Vertrag
- Lebensgemeinschaft
- Ingerenz:  
vorangegangenes gefährdendes Tun
- Übernahme/ Ausführung

- Verkehrssicherungspflicht
- Rechtswidriges Handeln, Verstoß gegen Gesetze, Regeln
- Nichtbeachten der Genehmigung, Verstoß gegen Auflagen etc.
- Eröffnen einer Gefahrenquelle

## ... zur Überzeugung des Gerichts

---

### Erfahrungswissen über Gefahrenlagen...

Der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt ( § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB a.F., jetzt § 276 Abs. 2 BGB n.F.) ist genügt, wenn im Ergebnis derjenige Sicherheitsgrad erreicht ist, den die in dem entsprechenden Bereich herrschende Verkehrsauffassung für erforderlich hält (vgl. Urteile des BGH vom 16. Februar 1972 - VI ZR 111/70 - VersR 1972, 559, 560; vom 15. Juli 2003 - VI ZR 155/02).

Daher reicht es anerkanntermaßen aus, diejenigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die ein **verständiger, umsichtiger, vorsichtiger und gewissenhafter Angehöriger dieser Berufsgruppe** für ausreichend halten darf, um andere Personen vor Schäden zu bewahren, und die ihm den Umständen nach zuzumuten sind;

## ... zur Überzeugung des Gerichts

---

### Erfahrungswissen über Gefahrenlagen...

Der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt ( § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB a.F., jetzt § 276 Abs. 2 BGB n.F.) ist genügt, wenn im Ergebnis derjenige Sicherheitsgrad erreicht ist, den die in dem entsprechenden Bereich herrschende Verkehrsauffassung für erforderlich hält (vgl. Urteile des BGH vom 16. Februar 1972 - VI ZR 111/70 - VersR 1972, 559, 560; vom 15. Juli 2003 - VI ZR 155/02).

Daher reicht es anerkanntermaßen aus, diejenigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die ein **verständiger, umsichtiger, vorsichtiger und gewissenhafter Angehöriger dieser Berufsgruppe** für ausreichend halten darf, um andere Personen vor Schäden zu bewahren, und die ihm den Umständen nach zuzumuten sind;

## Veranstaltungsleiter

**Die Funktion des Veranstaltungsleiters einschließlich seiner Qualifikation Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sind in der MVStättV nicht definiert.**

**„Die Anwesenheitspflicht betrifft aber immer eine natürliche Personen.**

### Der Veranstaltungsleiter...

1. sollte über das notwendige Durchsetzungsvermögen zur Ausübung der Funktion verfügen
2. muss Kenntnis über die Betriebsvorschriften des Versammlungsstättenrechts besitzen
3. muss mit dem Versammlungsraum, seinen Einrichtungen der genehmigten „Aufplanung/ Bestuhlung“ und den Rettungswegen ins Freie hinreichend vertraut sein
4. muss die Befugnis besitzen eine Veranstaltung abubrechen
5. muss in der Lage sein bei besonderen Gefahrenlagen eine Räumung der Versammlungsstätte zu veranlassen